

DATENSCHUTZ IM INTERNET	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Datenschutz schafft Rechtsicherheit und damit Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum	Datenschutz muss zu „Waffengleichheit“ zwischen Großkonzernen und Nutzern führen	Datenschutz darf nicht bevormunden, Bürger und Unternehmen müssen Ver- antwortung übernehmen	Daten bedeuten Darstel- lung von Persönlichkeit und können kein Wirtschaftsgut sein	Besser Datennutzung als Datenspeicherung regulieren; Datenschutz ist Bürgerrecht!
Rechtsausschuss	Hohes Datenschutzniveau schafft Vertrauen und bedeutet wirtschaftlichen Vorteil. Öffentliche Verwaltung und Gewährleistung von Sicherheit (Terrorbekäm- pfung) dürfen nicht erschwert werden.	Betonung der Rechte Schwacher und von Kindern, Im Prinzip sollte immer „opt in“ statt „opt out“ gelten. Wesentlich sind auch Interessen und Grundrechte Dritter.	Online-Nutzer müssen und können Eigenverant- wortung übernehmen; wirtschaft. Verwertung von Daten muss möglich bleiben. Daten sollten sehr zurückhaltend gespeichert werden.	Personenbezogene Daten können kein wirtschaftli- ches Gut sein, Weitergabe / Verkauf sollte generell verboten werden. Ausnahmen zu weich gefasst, Steuerehrlichkeit als Ziel fehlt.	Konzept der „personen- bezogenen Daten“ ist veraltet, Datennutzung statt Datenschutz regeln! Staat selbst muss sich auch an Recht und Gesetz halten und darf möglichst geringe Ausnahmen beanspruchen.
Wirtschaftsausschuss	Regelung mit Augenmaß. Gesetz wird zu mehr Sensibilität und Verant- wortung bei Weitergabe von Daten führen. Regelung zur Datenüber- tragbarkeit schafft Chance für Nebeneinander von Groß und Klein.	Staat muss eingreifen, um „Waffengleichheit“ zwischen Online-Anbietern und Nutzern herzustellen. Vorgesehene Eingriffe sind eher zu zurückhaltend. Durch Datenübertragbar- keit wird Innovation möglich!	Erfordernisse dürfen nicht zu aufwendig und bürokratisch sein, Gefahr dass kundenorientierte neue Angebote verhindert werden Unbedingt vermeiden:: Große Anbieter fokussieren und Mittelständler aus dem Blick verlieren.	Daten sind kein Wirts- chaftsgut! Frage nach der Praktikabilität ist falsch gestellt Datenaustausch sollte komplett verhindert werden. Monopol von Facebook & Co. muss gebrochen werden.	Daten sollten ohne ausdrückliches Einverständnis des Nutzers generell nicht weitergegeben werden dürfen. Übertragbarkeit ist große Chance für OpenSource- Medien.
Ausschuss für Kultur und Medien	Position der großen Netz- werke wird angreifbar, Entscheidungsspielraum des Einzelnen wird wachsen. Es muss sichergestellt werden, dass Daten ausschließlich durch den Nutzer selbst abgerufen werden können.	Facebook & Co. behalten Dominanz, können Standards setzen, sind am erreichbarsten. Nötig wären Schnittstellen zwischen untersch. Portalen Gefahr: Nutzerlegitimie- rung sorgt für noch mehr Daten.	Neue Möglichkeiten wer- den zu kreativen neuen Lösungen führen, Mög- lichkeit für einheimische Mittelständler gegenüber. ausländischen Anbietern. Auskunftsuchender muss sich sicher legitimieren um Missbrauch zu verhindern.	Monopolstellungen werden so nicht gebrochen. Kein Auskunftsrecht sondern direkte Einsicht. Verdecktes Speichern muss strafbar werden.	Staat sollte feste Transfer- formate definieren (oder dies an Agenturen über- tragen) um Marktmacht abzubauen. Legitimierung darf nicht zu neuer Datensammelerei führen.

DISKRIMINIERUNGS-FREIE BEWERBUNG	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Diskriminierung ist ein Problem, gegen das etwas getan werden sollte; Arbeitgeber dürfen nicht zu sehr belastet werden; weitere Diskussion nötig	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen zumindest reduziert werden, was ohne Regeln nicht funktioniert	Anonyme Bewerbungen können Problem der Diskriminierung nicht lösen, gängeln Arbeitgeber unnötig; wenn überhaupt, dann nur mit Abschaffung der Frauenquote	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen reduziert werden; gerade darum muss auch die Privatwirtschaft dazu verpflichtet werden	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen zumindest reduziert werden; Quoten müssen hinzukommen, um Diskriminierung tatsächlich zu verhindern
Innenausschuss	Die Verwaltung sollte gegen Diskriminierung vorgehen und so auch ihr Image verbessern <-> die Arbeitgeber in der Verwaltung würden überfordert, irregeleitet -> ausgeschlossene Angaben überprüfen	Theoretisches Diskriminierungsverbot brachte zu wenig Erfolg; es bedarf praktischer Regeln. Eine verbesserte Repräsentation der diversen Bevölkerungsgruppen ist wichtig für den Kontakt zw. Behörden u. Bürgern	Der Bund als Arbeitgeber muss über reale Bewerber entscheiden dürfen, nicht über tabellarische Kompetenzen; die Persönlichkeit spielt gerade im Umgang mit den Bürgern eine wichtige Rolle	Diskriminierung ist immanenter Teil unserer Gesellschaft. Verbesserte Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen ist wichtig für den Kontakt zw. Behörden u. Bürgern	Theoretisches Diskriminierungsverbot brachte zu wenig Erfolg; es bedarf praktischer Regeln. Eine verbesserte Repräsentation der diversen Bevölkerungsgruppen ist wichtig für eine gelebte Demokratie
Arbeitsausschuss	Der Bund könnte als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen <-> Druck auf Privatwirtschaft muss vermieden werden	Der Bund sollte als Arbeitgeber ein gutes Beispiel geben; dies sollte erst getestet werden, bevor weitere Verpflichtungen erfolgen	In Bundesbehörden kein Beispiel geben, das von der Privatwirtschaft nicht eingehalten werden kann. Wenn Kompromiss unvermeidbar ist: keinesfalls Privatwirtschaft tangieren.	Meiste Arbeitsplätze sind privat; damit das Gesetz Wirkung entfalten kann, müssen alle Arbeitgeber zum anonymen Verfahren verpflichtet werden	Der Bund sollte als Arbeitgeber ein gutes Beispiel geben; dies sollte erst getestet werden, bevor weitere Verpflichtungen erfolgen
Ausschuss für Gleichstellungsfragen	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt <-> Diskriminierung wird nur auf Bewerbungsgespräch verschoben	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt; Praxis sollte durch weitere Regelungen ergänzt werden	Diskriminierung wird nur auf Bewerbungsgespräch verschoben; Kompromiss allenfalls, wenn dafür Frauenquote abgeschafft wird	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt; Praxis sollte durch weitere Regelungen ergänzt werden	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt; Praxis sollte durch Quoten ergänzt werden

PFLEGE-FREISTELLUNG	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Freistellung braucht finanzielle Flankierung um wirksam zu werden; Regelungen müssen allen Beteiligten rechtliche Klarheit geben u. niemanden überfordern	Finanzielle Ausstattung ist zentral, darf aber nicht zu zeitlicher Einschränkung führen	Reform der Pflegefreistellung darf Arbeitgeber nicht überlasten, v.a. nicht kleine Unternehmen	Finanzielle Ausstattung ist zentral, muss von Arbeitgebern geschultert werden	Finanzielle Ausstattung ist zentral, darf aber nicht zu zeitlicher Einschränkung führen; Bezahlung ist Sache der öffentlichen Hand
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Familienangehörige sind die wichtigsten Bezugspersonen; der Zusammenhalt zwischen den Generationen muss gestärkt und daher finanziell unterstützt werden	Kreis der zu Pflegenden muss ausgedehnt werden, da bisherige Definition heutigen Lebensverhältnissen nicht mehr entspricht; mangelhafte Freistellungsdauer und Bezahlung sorgt v.a. für Ausstieg von Frauen	Kreis der zu Pflegenden sollte heutiger Lebensrealität angepasst werden	Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der der Staat und die Arbeitgeber einen Beitrag leisten müssen	Pflege ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe; Kreis der Pflegenden ausdehnen, da heutigen Lebensverhältnissen nicht entsprechend; mangelhafte Dauer und Bezahlung sorgt v.a. für Ausstieg von Frauen
Sozialausschuss	Freistellung bis max. 5 Tage; volle Lohnfortzahlung als Kompromiss zwischen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern schafft Klarheit	Freistellung bis zu 10 Tage muss mit voller Lohnfortzahlung erhalten bleiben; soziale Frage: ohne Lohnfortzahlung wird gering Bezahlten Pflege unmöglich	Freistellung bis max. 5 Tage; Arbeitgeber dürfen nicht überlastet werden; keine Lohnfortzahlung in kleinen Unternehmen < 15 Mitarbeiter; sonst eingeschränkte Lohnfortzahlung	Freistellung bis zu 6 Wochen, analog zu Krankheitsfall, durch Arbeitgeber zu bezahlen; ohne Lohnfortzahlung wird gering Bezahlten Pflege unmöglich	Freistellung bis 10 Tage muss erhalten bleiben; muss als Teilzeit wahrgenommen werden können
Gesundheitsausschuss	Akute Krankheitsfälle älterer Menschen sowie Pflegeplanung in der Regel innerhalb von 5 Tagen lösbar; Pflegeversicherung könnte gute Alternative sein	Akute Krankheitsfälle älterer Menschen sowie die Organisation von Pflege lassen sich oft nicht innerhalb von 5 Tagen lösen	Akute Krankheitsfälle und Pflegeplanung sollten sich in 5 Tagen lösen lassen; kein Verstecken von Kosten dank Kostenübernahme von Pflegeversicherung	Akute Krankheitsfälle älterer Menschen sowie Organisation von Pflege sind nicht in 5 Tagen lösbar; Pflegebedürftige sind keine Objekte	Akute Krankheitsfälle und Pflegeplanung oft nicht in 5 Tagen zu lösen; Pflegeversicherung muss Lohnfortzahlung übernehmen, da Teil des Gemeinwohls.

PKW-MAUT	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Mehr Geld für Verkehrsinfrastruktur – alle Nutzer beteiligen!	PKW-Maut ist überflüssig, umweltschädlich und ungerecht!	Mobilität ist Freiheit, die der Staat ermöglichen muss ohne zusätzliche Belastung der Bürger	PKW-Maut ist reine Abzocke und sozial ungerecht	PKW-Maut verhindert eine sinnvolle Verkehrspolitik
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Mehr Geld für den Straßenbau ist unverzichtbar, Straßenbenutzungsgebühr ist einfach, unbürokratisch und fair	Einnahmen lassen sich viel leichter über die Energiesteuer erheben, PKW-Maut ungeeignet wegen Verkehrsverlagerung auf Landstraßen, unverständlich dass Toll-Collect nicht genutzt wird	Unterfinanzierung der Verkehrswege muss beendet werden, Geld der Autofahrer muss im Straßenbau ankommen, Vignetten besser als Toll-Collect wegen Datenschutz	Nutzungsgebühren sind der falsche Weg – weil sie alle gleich hart treffen und weil Infrastruktur, die den Bürgern gehört, keine Gebühr erfordern kann.	Energiesteuer belastet die Autofahrer abhängig von Fahrzeuggröße und gefahrenen Kilometer – beste Form der PKW-Maut existiert längst.
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Stauvermeidung ist Umweltschutz und Klimapolitik	Umweltpolitisch falscher Anreiz: Wer Vignette hat, will auch möglichst viel fahren	Verkehrswege sind die Lebensadern der Volkswirtschaft, ihr funktionieren hat Priorität vor anderen Zielen	Vorfahrt für die Bahn! Investitionen in die Straße sind der falsche Weg	Vorfahrt für die Bahn! Investitionen in die Straße sind der falsche Weg
Ausschuss für Forschung und Technologie	Mehrbelastung der Wirtschaft eng begrenzen PKW-Maut ermöglicht günstigere Energiesteuern und damit Preissenkung an den Tankstellen, was in Grenznähe hilft.	Verpasste Chance: Toll-Collect als innovatives System mit weltweiten Vermarktungschancen.	Vignette extrem einfaches System, belastet alle (auch ausländische) Nutzer – damit können Lasten inländischer Autofahrer verringert werden.	Befürchtung: PKW-Maut ist nur der erste Schritt zu „Toll-Collect“. dies wäre jedoch eine absolut inakzeptable Förderung kapitalstarker Technologiekonzerne	Steigende finanzielle Belastung des Verkehrs hemmt Klimaschädliche Wirkung. Maut ist der falsche Weg – streckenbezogene Belastung fördert Innovation